

Beschluss des Kreisvorstandes am 20.04.09 in Golzow

Einheitliches Europäisches Wahlrecht schaffen

Die FDP Märkisch-Oderland setzt sich dafür ein, dass zur Europawahl 2014 ein einheitliches Wahlrecht zum Europaparlament geschaffen wird. Die deutschen Europaabgeordneten sollen sich dafür stark machen, in der nächsten Wahlperiode die Grundlagen für ein gleiches Wahlrecht zu legen.

Begründung:

Eine allgemeine, freie, geheime und **gleiche** Wahl ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Es kann nicht sein, dass in der EU die Krümmungsgrade von Gurken einheitlich geregelt werden, aber die Wahl der Repräsentanten im Parlament völlig unterschiedlich erfolgt.

Die rund 375 Mio. Wahlberechtigten in der EU der 27 Mitgliedstaaten stimmen nach völlig unterschiedlichen Regeln ab. Festgeschrieben im sog. „Direktwahlakt“ ist lediglich, dass die Wahl nach Verhältniswahlrecht erfolgen muss. Innerhalb dessen sind nationale Abweichungen möglich. So gibt es stark unterschiedliche Auszählverfahren, offene oder geschlossene Wahllisten, unterschiedliche Systeme der Wahlkreiseinteilung, unterschiedliche Sperrklauseln oder unterschiedliche Altersgrenzen für das passive Wahlrecht. Das aktive Wahlrecht gilt dagegen überall mit 18 Jahren, mit Ausnahme Österreichs, wo schon mit 16 gewählt werden darf.

Beispiele: In Deutschland, Malta oder Schweden kann man mit 18 Jahren ins Europäische Parlament gewählt werden, in Polen, Großbritannien oder der Slowakei mit 21, in Frankreich oder Rumänien mit 23 und in Zypern oder Griechenland erst mit 25 Jahren.

Deutschland und die meisten anderen Mitgliedstaaten teilen das Wahlgebiet nicht in Wahlkreise ein. Italien bildet 5 Wahlkreise, Großbritannien 12 und Polen 13 Wahlkreise. Das führt zu einer unterschiedlichen Gewichtung der Stimmen und gibt Parteien, die nur in einem Wahlkreis antreten, dort aber stark sind, eine bessere Chance.

Die meisten Staaten kennen keine Sperrklauseln. In Deutschland gilt wie in Polen oder Ungarn die 5 %-Klausel, in Österreich oder Schweden sind es 4 %, in Griechenland 3 %. Minderheiten haben damit schlechtere Chancen, ins Parlament einzuziehen. Nur ein Hinweis: auch die FDP scheiterte 1999 an der 5-%-Hürde.